

# Antrag Nr. 21-F-76-0001

CDU, Grüne, SPD, FDP, Die Linke, Volt, FW/Pro Auto und BLW/ULW/BIG

---

## Betreff:

Luftfilteranlagen in Schulen

-Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP, Die Linke, Volt, FW/Pro Auto und BLW/ULW/BIG zu TO I TOP 13 der Stadtverordnetenversammlung am 15. Juli 2021-

## Antragstext:

Vor den Sommerferien ist die Sorge vieler Eltern und Lehrkräfte angesichts der sich ausbreitenden Delta-Variante groß, wie „coronafest“ die Schulen auf das neue Schuljahr vorbereitet sind.

Aktuelle Untersuchungen belegen, dass mobile Luftfilteranlagen mit HEPA Filtern durchaus effektiv Aerosole und damit auch Viren aus der Luft filtern. Sie können also eine sinnvolle Ergänzung zu der unverzichtbaren Lüftung der Klassenräume darstellen.

Der Kultusminister hat aktuell darauf hingewiesen, dass noch Mittel aus dem Landesförderprogramm u.a. für die Anschaffung von mobilen Luftfilteranlagen abgerufen werden können.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wofür die Schulen die im Rahmen der Pandemie zusätzlich zur Verfügung gestellten Mittel bisher eingesetzt haben und wie viele Unterrichtsräume bisher mit mobilen Luftfilteranlagen ausgestattet wurden.
2. Der Magistrat wird aufgefordert, unverzüglich einen Antrag an das Land auf zusätzliche Mittelzuweisung für die Beschaffung von CO2-Ampeln und mobilen Luftfilteranlagen zu stellen und diese bevorzugt Schulen zur Verfügung zu stellen, die die Jahrgänge 1 bis 4 bzw. 5 und 6 beschulen.
3. Darüber hinaus wird der Magistrat aufgefordert, sich um weitere Landesmittel zu bemühen, um auch die übrigen Jahrgangsstufen in nicht oder nur schlecht belüfteten Räumen mit Luftfiltern auszustatten.
4. Der Magistrat wird gebeten zusätzlich zu den mobilen Luftfilteranlagen den ergänzenden Einbau und die Kostenübernahme von alternativen Lüftungsanlagen basierend auf dem Modell des Max-Planck-Instituts schnellstmöglich zu prüfen, sodass bis zum Herbst alle Klassenräume mit Filter- oder Lüftungsanlagen ausgestattet sind.
5. Der Magistrat wird gebeten Kontakt mit der Stadt Mainz aufzunehmen, um von deren Erfahrungen bei der Ausstattung von Grundschulen zu profitieren.

Wiesbaden, 16.07.2021